

Alle Rechte beim Urheber.

Abdruck nur gegen Belegexemplar, Honorar plus 7% MwSt.

Errata non grata

Es gibt Wissenschaftler, die glauben, unter dem Deckmantel eines Laborkittels sei alles erlaubt. Sie kennen keine Persönlichkeitsrechte, schnippeln, spritzen, grapschen, raffen und veruntreuen was das Zeug hält, bleiben aber unbescholten. Dagegen erhebt kaum einer die Stimme. Jeglicher Ansatz der Wissenschaftskritik geht unweigerlich unter im Mantra der Wissenschaftsfreiheit. So als zersetze schon der bloße Gedanke an einen Eingriff die wichtigste Errungenschaft neuzeitlicher Demokratien: die Freiheit, öffentlich selbst zu denken, statt auf Autoritäten zu hören.

Die Wissenschaftsfreiheit ist jedoch nicht mehr die argumentative Keule im Kampf gegen irrationale Autoritäten. In ihrem Schutz sind längst endemische Autoritäten herangewachsen, die mit der Wissenschaftsfreiheit weniger die Freiheit des Selbstdenkens meinen als vielmehr ihre eigene, persönliche Freiheit. Die ist aber nicht isoliert zu haben. Sie ist verflochten mit den verschiedensten Personen und Institutionen, mit Gewohnheiten und Zielen, die nicht selten ihren Niederschlag gefunden haben in Ordnungen, Satzungen und Gesetzen. Kurz, sie steckt in einem derart dichten Geflecht mächtiger Auswüchse, dass nicht ohne weiteres klar ist, auf welcher Seite des Gatters das von der Wissenschaftsfreiheit geschützte Gehege ist.

Wissenschaft ist keine rein wissenschaftliche Angelegenheit, und ist es auch nie gewesen. Wissenschaft hatte immer ihre Öffentlichkeit: Militärs, die die Ballistik förderten, damit die Kanonen ihr Ziel nicht verfehlten; Kaufleute, die sich auf ihren Handelsreisen zu Lande und zu Wasser an Wegweisern am Himmel orientierten; Bauern, die mithilfe von Kunstdüngern auf eine reichere Ernte hofften; oder einfach Kranke, die sich von chirurgischen Eingriffen oder Medikamenten eine Linderung ihrer Leiden versprachen. Allesamt Menschen, die ihr Leben eigenverantwortlich führten, nicht schicksalsergeben um Besserung flehten, sondern für sich das nutzten, was sie verstanden oder selbst herausgefunden hatten.

Ohne diese Öffentlichkeit wäre die Wissenschaft nicht zu einer staatstragenden Macht geworden, ohne das breite Selbstvertrauen der Vernunft hätte sich die Demokratie nicht

erheben können gegen Adel und Klerus. Das demokratische Selbstverständnis ist so selbstverständlich wissenschaftlich, dass die verhängnisvolle Wende der Wissenschaft gegen die Öffentlichkeit niemand wahrhaben will. „Wir lassen uns da nicht reinreden“, schallt es heute unisono von der Wissenschaftlergemeinde. Ihre Mitglieder verwechseln gar zu leicht das wissenschaftliche Denken mit dem wissenschaftlichen Establishment. Als ob Wissenschaft allein in der Fachöffentlichkeit ihre Dienste tun könnte; als ob es wissenschaftliche Fachgebiete gäbe, die allein um ihrer selbst willen betrieben sein wollen, und gleichwohl ein öffentliches Interesse bürden, das seine gemeinschaftliche Finanzierung aus Steuern rechtfertigte.

Im Grenzfall führt das dazu, dass selbst Betroffene nicht mehr mitsprechen dürfen. Im Namen der Wissenschaft verlieren sie ihr Selbstbestimmungsrecht: Andere entscheiden an ihrer Stelle, was für sie am besten sei. Das geschieht selten so spektakulär wie im Fall der damals fünfjährigen Olivia Pilhar. Das schwer krebserkrankte Mädchen entführte ein österreichisches Einsatzkommando 1996 aus Spanien, wohin die Familie geflüchtet war, um ihrem Kind die Chemotherapie zu ersparen, während der es Ärzte hatten wiederbeleben müssen.

Auch die Elektroschocktherapie gegen schwere Depressionen ist bei den Medizinern beliebter als bei den Patienten. Die Mediziner berufen sich darauf, dass es drei von vier Behandelten nach den Schocks besser gehe. Die Patienten fürchten die Schmerzen, die die Stromstöße verursachen, und das durchaus gegebene Risiko bleibender Gedächtnisstörungen. Und dennoch, wer sich weigert, wird zwangstherapiert. Noch 2005 griffen und betäubten schottische Psychiater fast zehn Prozent der depressiven Anstaltsinsassen gegen deren Willen, um sie mit Elektroschocks zu traktieren.

An der Akademie der Bildenden Künste in Stuttgart hatten die Studierenden etwas dagegen, dass Videoaufzeichnungen von ihren intimen Gesprächen darüber entscheiden sollten, ob sie weiterstudieren dürfen. Von Studentinnen verlangte ihr Professor Mike Hentz gar, sie sollten vor laufender Internetkamera „mit ihrem Freund knutschen, ohne gleich zu ficken.“ Der Protest der Studierenden stieß bei der Professorenschaft auf taube Ohren. Die stellte sich hinter ihren Kollegen und schrieb an das Wissenschaftsministerium, dass der Getadelte außer Frage künstlerisch und pädagogisch bestens geeignet sei.

Fachfremde Kritik wird nicht geduldet; der Schüler darf seinen Meister nicht kritisieren - schon gleich gar nicht die als

Masse geächtete Öffentlichkeit. Deshalb wiegelte der Rektor der Akademie, Ludger Hünnekens, gleichmal ab: „Die Sache ist nicht von öffentlichem Interesse.“ Eine rein inner-akademische Angelegenheit also. Aus Sicht der Akademiker. Aus Sicht der Öffentlichkeit ist es durchaus wichtig zu erfahren, wie Hochschullehrer arbeiten, womit sie sich befassen, was sie den Studierenden beibringen. Schließlich reift in der Alma Mater die nächste Generation von Wissenschaftlern heran, die mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen die Gesellschaft prägen wird. Ihr Vertrauen in das Selbstdenken muss im selben Maße sinken, wie ihre Argumente während des Studiums ungehört verhallen.

Die Wissenschaft demontiert sich selbst, wenn sie zugunsten einer heilen Welt persönlicher Freiheiten ihre eigenen Standards aufgibt und sich gegen Einflüsse der Öffentlichkeit abschottet, wenn sie aus reiner Selbsterhaltung jegliche Kritik von sich weist und an Wissenschaftler andere Maßstäbe anlegt als an den Rest der Welt. Der Stern der Wissenschaft sinkt, wenn beispielsweise die Plagiate des Prorektors der Montanuniversität Leoben in Österreich, Hubert Biedermann, abgetan werden als bloße Schlamperei wider den akademischen Anstand, nur damit er im Amt bleiben kann. Der Stern der Wissenschaft stürzt, wenn derlei nichtöffentlich geschieht.

Öffentliche Kritik gehört zur Wissenschaft; und die wäre keine Kritik, wenn sie folgenlos bliebe. Wissenschaft ist nie und nimmer allein die Aufzucht von Wissenschaftlern, – da gärtnern noch andere mit. Vor allen die Geldgeber aus Politik und Wirtschaft. Die legen in Deutschland keine 50 Milliarden Euro jährlich auf den Tisch, ohne dass dahinter handfeste Interessen stünden. Und das müssen keine öffentlichen Interessen sein.

Gerade die Wirtschaft, die in Deutschland zwei Drittel der Ausgaben für die Forschung stemmt, kauft sich immer häufiger in steuerfinanzierten Hochschulen ein. 1998 überwies Novartis dem Institut für Mikrobiologie der Universität Berkeley, USA, 25 Million Dollar. Dafür traten die Professoren die Vermarktungs- und Verwertungsrechte ihrer Forschungsergebnisse an den Chemiekonzern ab und räumten ihm das Vorschlagsrecht ein für zwei von fünf Sitzen im Forschungsausschuss des Instituts.

Ebenso wie die Geschäftemacher in die Universitäten drängen, so locken sie auch deren Kapazitäten in die eigenen Gremien: Im Aufsichtsrat der Cytos Biotechnology AG sitzt der Nobelpreisträger Rolf Zinkernagel, der hauptberuflich an der Universität Zürich das Institut für experimentelle Immunologie

leitet. Das macht sich bezahlt. Ein gemeinsamer Artikel über hauseigene Präparate hat weit größere Chancen auf eine Veröffentlichung, wenn einem der Autoren die Nobelmedaille um den Hals baumelt. Fast noch wertvoller sind Fachartikel, für die allein Hochschulforscher sich verantwortlich zeichnen, weil dann das Firmenprodukt ein unabhängiges Gütesiegel erhält. Das Unternehmen bleibt als Finanzier im Hintergrund. Dass ausgerechnet die Studien, die ein Unternehmen finanziert, vier Mal häufiger zu günstigen Ergebnissen kommen als neutrale Untersuchungen, darf die Wirtschaft als Kana der Moderne feiern.

Wo Forscher und Unternehmer sich vermählen, um Geld in Wissen zu verwandeln, kommt man gerne zum Hochzeitsfeste. Selbst wenn aus dem Wissen dann wieder Geld, ja noch mehr Geld wird, ist das zu begrüßen, solange daraus noch mehr Wissen wird und so fort. Bedenklich aber stimmt es, wenn das Geld und nicht das Wissen Zweck der Vereinigung ist. Wobei pekuniäre Interessen nicht nur Unternehmer verfolgen. Auch Wissenschaftler wissen, wie man Wissen zu Geld macht - auch nach den Methoden von Kana.

Dass ältere Menschen nach der Einnahme von Multivitamin-tabletten wieder besser sehen, riechen, schmecken, hat Ranjit Chandra 2001 der Öffentlichkeit mitgeteilt. Der Ernährungswissenschaftler von der Universität Neufundland wusste natürlich, dass solcherlei Erkenntnisse sein Patent für ein Multivitaminpräparat vergolden würden. Zur Vermarktung seiner erfundenen Forschungsergebnisse nutzte er wissenschaftliche Kongresse. An sage und schreibe 120 Tagen im Jahr warb Chandra dort für die Segnungen der Vitamine.

So manche Ehe zwischen Hochschule und Unternehmen wird geschieden, sobald die in ihr gezeugten Kinder nicht wie gewünscht aussehen und keine rentable Altersversorgung versprechen. Manchmal genügt schon das Kritteln am Unternehmen. 2001 stornierte Nike die Fördergelder für drei US-amerikanische Universitäten, weil deren Studierende gegen die Kinderarbeit in Schwellenländern bei dem Sportartikelhersteller protestiert hatten.

Politiker wiederum beackern die Hochschullandschaft aus anderen Gründen als Unternehmer. Ihnen geht es darum, an einflussreichen Positionen Gleichgesinnte aufzustellen. Die flankieren professoral unpopuläre Maßnahmen und sorgen dafür, dass der akademische Nachwuchs die richtige politische Überzeugung mit auf den Weg bekommt. So hievte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß 1977 Lothar Bossle auf einen Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Würzburg -

gegen den Widerstand der gesamten Fakultät. Dort errichtete Bossle - nach den Worten des Landesvaters eine Zierde für jede bayerische Universität, nach Ansicht der Studierenden ein politischer Rechtsaußen, der seine Vorlesungen unter Polizeischutz halten musste - eine äußerst produktive Doktorfabrik, die bei der Titelverleihung vom Fließband weniger auf wissenschaftliche Inhalte achtete, denn auf eine stramme rechte Gesinnung.

25 Jahre später überhob sich Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmair bei dem Versuch, es dem inzwischen verbliebenen Vorsitzenden der CSU gleichzutun. Er berief kaltschnäuzig das Parteimitglied Heinrich Oberreuter auf einen Lehrstuhl für Politik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Zwar darf der Wissenschaftsminister von der Berufungsliste einer Universität abweichen, pikanterweise stand Oberreuter aber auf gar keiner solchen Liste. In der akademischen Amigo-Variante handelte der Minister eigenmächtig. Doch das Verwaltungsgericht machte ihm einen Strich durch die Rechnung: Die Berufung sei ermessensfehlerhaft, weil der auserkorene Kandidat nicht dem ausgeschriebenen Anforderungsprofil entspreche.

Und was Minister können, das können Wissenschaftler schon lange. Auch sie protegieren Gleichgesinnte, die ihre Position innerhalb der Wissenschaftlergemeinschaft stärken, so dass richtiggehend Berufungskartelle entstehen. Die Ausstattung bleibt dann in der Familie. Bernd Markert von der Universität Zittau nahm das wörtlich. Er drängte einen Kollegen, die Diplomarbeit seiner Frau sehr gut zu bewerten, statt ihr das vorgesehene ‚befriedigend‘ zu geben, und stellte flugs darauf die ausgezeichnete Absolventin am eigenen Forschungsinstitut an. Markerts Kollege ist geständig, kann aber nicht belangt werden, weil er mittlerweile die Hochschule gewechselt hat und sein neuer Arbeitgeber sich nicht für Vergehen an anderen Universitäten zuständig fühlt. Auch Markert muss die Staatsanwaltschaft nicht mehr fürchten. Die Vorwürfe sind inzwischen verjährt.

Das verstärkt den Eindruck, dass Wissenschaftlern keiner wirklich am Kittel flicken will. Lieber duldet man stillschweigend das Vergehen eines Wissenschaftlers, als dass man das Ansehen der Wissenschaft gefährdet. Im Jahr 2000 veröffentlichte ein Mediziner der Ludwigs-Maximilians-Universität in München die Versuchsergebnisse seiner Doktorandin, allerdings ohne deren Zustimmung. Die Hochschule räumte zwar wissenschaftliches Fehlverhalten ein, hielt dies aber zugleich für entschuldigbar; schließlich habe der Professor glaubhaft versichert, dass es ihm unmöglich gewesen sei, seine

ehemalige Mitarbeiterin ausfindig zu machen. Wahrscheinlich ist auch die Unterschrift der Doktorandin durch höhere Gewalt auf dem Schreibtisch des Verlages gelandet, der den Artikel veröffentlicht hat. Wunder über Wunder, denn von Fälschung spricht man nicht in der Wissenschaft.

Ja, das Strafrecht ist ein Thema der Wissenschaft. In jedweder Hinsicht. Zeitgleich zu den Vorfällen in München flog in den Vereinigten Staaten Charles Thomas auf. Der Kriminologe von der Universität in Florida galt als Experte für den privaten Strafvollzug. In wissenschaftlichen Gutachten pries er die Vorzüge des privaten Strafvollzugs und kassierte dafür stolze drei Million Dollar, zusätzlich zum Professorensold. Doch damit nicht genug. Thomas stand auch auf den Gehaltslisten von Unternehmen, die Gefängnisse betreiben, und deren Aktien im Depot des Kriminologen mit jedem Gutachten im Wert stiegen.

Multivalente Gelder bezog auch Barbara Nye von der Tennessee State University. Die Professorin betrieb in Nebentätigkeit eine profitable Unternehmensberatung, die an Schulen Konzepte verkaufte für den naturwissenschaftlichen Unterricht und für Formen der Mitmach-Wissenschaft, Wissenschaft zum Anfassen also. Da macht man gerne mit, in der Wissenschaft, wenn obendrauf noch fünf Millionen Dollar vom Staat, der National Science Foundation (NSF), kommen. Damit finanzierte Nye die Gehälter von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschule, die gar nicht wussten, dass sie de facto für die Unternehmensberatung ihrer Chefin schufteten.

Wer wird auch Verdacht schöpfen, wenn schon der Verdacht das System Wissenschaft gefährdet. Zumal wenn die Chefin der Katalysator der eigenen wissenschaftlichen Laufbahn ist. Der bloße Verdacht ist ein Fremdkörper, der getilgt werden muss: Wer verdächtigt, fliegt raus. Ende der Karriere, Punkt. Dazu nutzen manche Professoren aus, dass der wissenschaftliche Nachwuchs extrem von ihnen abhängig ist. Nur wer sich in der Gemeinde etabliert hat, kann sich - in Maßen - Kritik erlauben; Kollegenschelte ist tabu. „Vergleichende Werbung in eigener Sache“, nennt das Helmut Spinner, emeritierter Philosoph an der Universität Karlsruhe.

Die extreme Abhängigkeit kann leicht zur Schikane ausarten. Der Rechtsweg steht dem Nachwuchs nicht wirklich offen. Wer ihn dennoch beschreitet, disqualifiziert sich selbst. Als Albert Schatz vor Gericht seinen Beitrag bei der Entdeckung des Antibiotikums Streptomycin einklagte, bekam der Forscher zwar gegen seinen Doktorvater Selman Waksman Recht, doch bei der Verleihung des Nobelpreises ging er leer aus. Schatz' Beschwerde galt als besonders schamlos, weil der Laureat die

Nobelmillionen in die Gründung des Waksman-Instituts für Mikrobiologie steckte und damit deutlich genug zum Ausdruck brachte, dass es ihm allein um die Wissenschaft ging.

Der Aufstieg zum wissenschaftlichen Olymp ist eine Einbahnstraße. Auf dem Gipfel fragt keiner, wer unten vom Geröll erschlagen wurde. Abkürzungen gibt es keine, Auswege auch nicht. Gerade die Ausweglosigkeit besiegelt das Schicksal eines Forschers, wenn er sich mit der Zunft überwirft. Das kann tödlich enden. So nahm sich Thomas Ballmer das Leben, nachdem die Bochumer Universitätsleitung und Drittmittelgeber dem Sprachwissenschaftler fast schon kriminelles Handeln unterstellt hatten, weil er gegen das wissenschaftliche Treiben seines Chefs aufbegehrt hatte.

Die Machtposition von Professoren ist zuweilen libidinös überhöht. Das heißt, manch einer sucht über die Abhängigkeit der Doktoranden und Studierenden seine körperlichen Bedürfnisse zu befriedigen: Sex gegen gute Noten. Ein Geisteswissenschaftler an der Universität Hannover bot einer Studentin unerlaubte Hilfe bei Prüfungen an, falls sie einmal die Woche zu ihm ins Bett schlüpfte; ihr Ehemann müsse davon ja nichts erfahren. Seinem Angebot verlieh der Professor Nachdruck, indem er die Studentin in den Arm nahm und sie - trotz Sträubens - auf den Mund küsste. Seinen Job verlor er deswegen nicht. Der akademische Lüstling gelobte Besserung, duldete fortan eine Aufsicht während seiner Sprechstunde und willigte in therapeutische Gespräche ein.

Eine Therapie hätte bei Theodore Kaczynski möglicherweise Schlimmeres verhindert. Zwischen 1988 und 1993 hatte er mehrfach um psychiatrische Hilfe gebeten. Der als Unabomber bekannt gewordene Mathematiker legte 1969 seine Professur an der Universität Berkeley nieder. Neun Jahre später verschickte Kaczynski die erste Briefbombe. Nach drei Toten und dreiundzwanzig Verletzten entlarvte ihn 1995 die anonyme Veröffentlichung seines Manifests zur industriellen Gesellschaft und ihrer Zukunft, worin er den technischen Fortschritt anprangerte und eine Rückkehr zur natürlichen Lebensweise in freier Wildnis forderte. David Kaczynski erkannte darin den Schreibstil seines Bruders.

In den USA verlieren Professoren leichter ihre staatliche Anstellung als in Deutschland. Die deutschen Professoren schützt das Beamtenrecht. Demgemäß darf ein Beamter erst entlassen werden, wenn ein Gericht ihn zu mehr als einem Jahr Haft verurteilt hat. Da muss ein Hochschullehrer schon einiges anstellen. Es genügt jedenfalls nicht, Krankenhauspatienten aufzuschlitzen, um vergessenes Besteck aus ihrem Körper zu

holen, und dann die Operationsberichte zu fälschen. Dafür zahlte Baden-Württemberg 2009 eine ‚Gage‘ in Höhe von fast zwei Millionen Euro.

Sonst wäre das Land den Chefarzt an der Universitätsklinik in Freiburg nicht losgeworden. Hans Peter Friedl lag zu diesem Zeitpunkt dem Land schon neun Jahre auf der Tasche. Das Wissenschaftsministerium hatte ihn vom Dienst suspendiert, nachdem ihn das Verwaltungsgericht wegen Körperverletzung verurteilt hatte. Sein Gehalt bezog Friedl weiter, in Kanada, ohne dafür das Skalpell zu rühren. „Hätte er doch nie eines zur Hand genommen“, wird mancher Patient denken, dem nach der Operation eine abgebrochene Bohrerspitze in den Knochen steckte.

Friedls Pfusch kam 1999 ans Licht. Nachdem der Freiburger Chefarzt einem Patienten eine Stahlplatte im Becken verpasst hatte, mussten seine Kollegen den Operierten notoperieren, weil der kein Gefühl mehr im Bein hatte. Wie auch? Den Blutstrom vom und zum Bein hatte die Stahlplatte durchtrennt. Die Arterie musste es beim Einpassen der Platte zerfetzt haben, die dahinter liegende Vene durchlöcherte eine Schraube, die durch den Knochen durch gedreht war. Den Blutschwall fing Friedl mit einem Bauchtuch auf, das er gleich auf den Gefäßen liegen ließ. Auf Röntgenbildern wäre das Tuch sichtbar gewesen, aber Röntgenbilder besprach der Chefchirurg nicht – wie sonst üblich – in der Kollegenrunde. Er wusste offensichtlich um seine Behandlungsfehler und wollte sie systematisch vertuschen.

Würde der Staat allen Missetätern eine ähnliche Abfindung bezahlen, müsste dafür im Haushalt ein extra Konto eingeführt werden. Auf diesem wären auch die Gehaltszahlungen an einen Konstanzer Informatikprofessor zu verbuchen. Der ist wie Friedl vom Dienst suspendiert, weil er wegen versuchter Erpressung verurteilt wurde. Der Informatiker vom Bodensee kassierte für die Betreuung von Diplomarbeiten, und wer nicht zahlte, erhielt schlechte Noten. Die Geldstrafe in Höhe von 32 400 Euro berappt er aus seinen Professorenbezügen: immerhin über 4000 Euro netto monatlich aus dem Staatssäckel fürs Nichtstun. Damit steht er nicht allein. Gegen gleich 16 seiner 23 Kollegen in Konstanz ermittelte die Staatsanwaltschaft, nur ließen die es nicht zum Gerichtsprozess kommen und zahlten stattdessen Bußgelder.

Ihren Job an den Nagel hängen mussten dagegen ein Psychologe der benachbarten Universität in Konstanz und ein Tierkundler der Universität Hohenheim. Beide waren wegen sexueller Belästigungen untragbar geworden. Der Stuttgarter Zoologe

begrabschte seine Studentinnen vorzugsweise auf Geländeexkursionen. Während einer Dienstfahrt wanderten seine gierigen Hände vom Busen einer Doktorandin in deren Hose, während diese wehrlos am Steuer saß. Das war dann doch zu viel. Die Studentin ging an die Öffentlichkeit, wohlwissend, dass sie sich einen neuen Doktorvater würde suchen müssen. Dort traf sie auf eine unerwartet große Resonanz. Andere Studentinnen berichteten von ähnlichen Vorkommnissen. Alle hatten sie geschwiegen, weil sie glaubten, sie seien die einzigen Betroffenen.

Ohne sich begrabschen lassen zu müssen, kann man durchaus auch promovieren; immer häufiger sogar, ohne überhaupt etwas dafür zu tun. Man muss nur zahlen. Runde 20 000 Euro kostet heute der Dokortitel. Längst erhält der akademische Milchzahn mit vollem Bankkonto dafür keine wertlosen Zertifikate von irgendwelchen Phantasie-Universitäten im Ausland. Der lukrative Handel mit Doktorurkunden hat längst auf Deutschland übergegriffen. An den Universitäten Magdeburg, Berlin und Rostock werden gegen Verrechnungsscheck Diplomarbeiten zu Dissertationen umdeklariert und vorschriftsgemäß ins Archiv der Universitätsbibliothek gestellt.

Nur langsam schießt die Justiz sich auf die Korruption an deutschen Universitäten ein. 2008 verhängte sie erstmals eine Freiheitsstrafe von drei Jahren gegen einen Juraprofessor von der Universität Hildesheim. Wegen Bestechung muss auch der Drahtzieher des schwunghaften Handels mit Dokortiteln für dreieinhalb Jahre ins Gefängnis. Noch ein Einzelfall. Doch auch hier ist die Gemengelage verworren. Bei jährlich über 23 000 ausgestellten Doktorurkunden in Deutschland - es kommt also alle halbe Stunde ein Doktor hinzu - fällt schon die Übersicht schwer, von Kontrolle ganz zu schweigen. „Es gibt Schätzungen, wonach bis zu zwei Prozent aller an deutschen Universitäten abgelegten Doktorprüfungen irregulär zustande kommen“, schreibt Horst Biallo in seinem Buch ‚Die Dokormacher‘. Das wären immerhin jeden Tag mehr als ein Neuzugang im blinden Dickicht der Wissenschaft.